

Erhard und die FDP – Aufstieg eines Wirtschaftsministers, Sturz eines Kanzlers?

Als Ludwig Erhard Ende der 1940er Jahre mit der Übernahme des Direktoren-amtes der Verwaltung für Wirtschaft die westdeutsche Wirtschaftspolitik richtungsweisend beeinflussen konnte, spielte die FDP bereits eine entscheidende Rolle in seinem politischen Leben. Rund 20 Jahre später, als Erhard 1966 als Kanzler der Bundesrepublik Deutschland zurücktrat, sollte das noch immer der Fall sein. Über zwei Jahrzehnte hinweg unterhielten die liberale Partei und der erfolgreiche Wirtschaftsminister eine sehr enge, aber auch wechselhafte Beziehung zueinander. Obwohl Erhard als Mitglied nie in die FDP eingetreten war und sich letztlich für die CDU entschieden hatte, ist er aber aufgrund seiner wirtschaftspolitischen Einstellung immer als Liberaler betrachtet worden. Aus der Retrospektive stellt sich insofern die Frage, ob die FDP eigentlich die Partei Erhards gewesen wäre? Gab es in der Tat politischen Einklang oder doch zu viele Widersprüche? Bescherte die FDP dem »guten Mann vom Tegernsee« nicht nur den politischen Aufstieg, sondern auch seinen Fall?

1. Politische Übereinstimmungen in Wirtschaftsfragen in den 1940er und 1950er Jahren

Es ist hinlänglich bekannt, dass Erhard bereits 1945 erste Nachkriegskontakte zu den Liberalen, vor allem zu Everhard Bungartz und Thomas Dehler, hatte. Erhards Bekenntnis zur Marktwirtschaft und gegen eine zentral gelenkte Wirtschaft entsprach der politischen Überzeugung liberaler Politiker. Daher stand schon damals sein Beitritt zur FDP im Raum, den Erhard aber abgelehnt hatte. Ungeachtet dieser Absage blieben die freundschaftlichen Bande bestehen, mehr noch, ermöglichte schließlich die FDP Erhard 1948 die Wahl zum Direktor der Wirtschaftsverwaltung. Im Zuge einer Neustrukturierung des Verwaltungsrates und der Abberufung Johannes Semlers als Direktor der bisherigen Verwaltung für Wirtschaft konnte die FDP ihren Kandidaten Erhard mit den Stimmen von CDU/CSU durchsetzen. In einer Absprache waren sich CDU/CSU und FDP einig geworden, dass Hermann Pünder, Wunschkandidat der Christdemokraten für das neu geschaffene Amt des Oberdirektors, in eben

dieses gewählt werden sollte, wenn im Gegenzug dafür der von der FDP vorgeschlagene Erhard das Amt des Wirtschaftsdirektors erhalten würde. Der Coup gelang trotz Gegenstimmen aus der CDU und mit dieser Wahl war eine Vorentscheidung für die wirtschaftspolitische Richtung Westdeutschlands gefallen, eine »Durchbruchschlacht mit dem Ziel einer freiheitlichen Gestaltung unseres Wirtschaftslebens«, wie es im fdk – Pressedienst der Freien Demokratischen Partei – formuliert worden ist.¹ Die Liberalen hofften, dass Erhard das besonders von ihnen befürwortete Konzept der Sozialen Marktwirtschaft auf den Weg bringen würde. Diese wirtschaftspolitische Konzeption verknüpft rechtsstaatlich gesicherte und wirtschaftliche Freiheit mit sozialstaatlichen Idealen, das Markt- mit dem Sozialprinzip. Aufgrund der Verbindung von Elementen aus der reinen Marktwirtschaft und der zentralen Wirtschaftsverwaltung wird sie daher auch als »Dritter Weg« zwischen diesen beiden Wirtschaftsordnungen verstanden.²

Blücher, damals Vorsitzender der FDP in der britischen Besatzungszone und Erhard gegenüber immer ein bisschen skeptisch, zeigte sich glücklich über Erhards wirtschaftspolitische Ansichten, denn diese seien ein »Bekenntnis zum neoliberalen Gedanken«. Von dem neuen Direktor der Wirtschaftsverwaltung sei ein »eindeutig liberales Konzept« zu erwarten.³ Es ist daher nicht verwunderlich, dass Erhard auch ohne einen Beitritt zur FDP deren starke Unterstützung erhielt. Kurz nachdem Erhard den Entwurf für sein Leitsatzgesetz ausgearbeitet hatte, mit dem die Bewirtschaftung in vielen Industriezweigen sowie zahlreiche Preisvorschriften aufgehoben werden sollten,⁴ schrieb Blücher an zahlreiche Parteimitglieder: »Es handelt sich um den entscheidenden Schritt, mit einem großen Sprung im wesentlichen aus den Fesseln der Zwangswirtschaft heraus zu kommen.« Und weiter: »Wie unsere Freunde sich vorstellen können, sind die wesentlichen Formulierungen ein Werk unseres Freundes Prof. Dr. Ludwig Erhard und seiner Mitarbeiter. Es ist Ihnen bekannt, daß wir Herrn Prof. Dr. Ludwig Erhard nur unter härtesten Kämpfen, die teilweise auch heute noch Spuren zurückgelassen haben, in das Amt des Direktors der Verwaltung für Wirtschaft hineingebracht haben.«⁵

- 1 fdk – Pressedienst der Freien Demokratischen Partei: Der Durchbruch zur liberalen Wirtschaftspolitik, Jhrg.4/Nr. 56, 18.8.1953, S. 7.
- 2 Heinz Lampert: Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, 12. überarb. Auflage, München 1995, S. 88f.
- 3 Gerold Ambrosius: Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945-1949, Stuttgart 1977, S. 162.
- 4 Werner Abelshauser: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (1945-1980), Frankfurt/M. 1983, S. 52.
- 5 Schreiben Blüchers vom 5.6.1948, Archiv des Liberalismus (ADL), Nachlaß Blücher, N37-32.

Da Erhard der Partei inhaltlich sehr nahe stand, nahmen viele Liberale damals an, der Wirtschaftsexperte würde sich auch parteipolitisch zu ihnen bekennen. Deshalb war die Enttäuschung innerhalb der FDP umso größer, als sich der Direktor der Wirtschaftsverwaltung 1949 nach längerem Hin und Her entschloss, bei der ersten Bundestagswahl für die CDU zu kandidieren. Erhard wollte inzwischen unbedingt Wirtschaftsminister werden und seine Politik der Sozialen Marktwirtschaft nicht nur entscheidend voranbringen, sondern sie auch langfristig in der Bundesrepublik Deutschland etablieren.⁶ Dieses Ziel, so schien es, war durch eine Kandidatur bei der CDU und mit deren Spitzenkandidaten Konrad Adenauer am ehesten zu verwirklichen. Die Bundestagswahl im September 1949 bestätigte dies und Erhard konnte im Kabinett Adenauers die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mitprägen. Erhard lenkte hernach 14 Jahre lang als Bundeswirtschaftsminister erfolgreich die ökonomischen Geschicke des Landes und sein Name ist bis heute untrennbar mit dem »Wirtschaftswunder« der 1950er Jahre verknüpft geblieben.

Insofern war Erhards Kalkül aufgegangen. Es zeigte sich aber recht schnell, dass Erhard im Laufe der Jahre nicht nur einen erbitterten Feind im Kanzler, sondern auch von Anfang an eher politischen Rückhalt beim Koalitionspartner FDP als in der CDU finden sollte. Unmittelbar nach der Bundestagswahl 1949 kam es zu Querelen mit Finanzminister Fritz Schäffer. Dieser beanspruchte die Verantwortung für den Bereich der Geld- und Kreditpolitik, während Erhard auf dieses wichtige wirtschaftspolitische Instrumentarium nicht verzichten wollte. Adenauer lehnte das Ansinnen seines Wirtschaftsministers jedoch ab, obwohl dies neben dem Präsidenten der Bank deutscher Länder, Wilhelm Vocke, auch der »Niederbreisiger Arbeitskreis« befürwortete, die Abteilung Geld- und Kreditpolitik weiterhin im Wirtschaftsministerium zu belassen. In diesem Gremium saßen die Wirtschaftsexperten der Koalitionspartner Hugo Scharnberg und Franz Etzel von der CDU, Viktor-Emanuel Preusker und Hans Ilau von der FDP sowie Christian Kuhlemann von der DP.⁷ Erst 1952, nachdem die Zahlungsbilanzschwierigkeiten der Korea-Krise überwunden werden konnten und sich der Erfolg der Erhardschen Politik mehr und mehr abzeichnete, überantwortete Adenauer dem Wirtschaftsminister wieder diese Abteilung.

Dieser Arbeitskreis war es auch, der Erhard während der Korea-Krise 1950/51 erneut unterstützte, als die Soziale Marktwirtschaft durch Bewirtschaftungsmaßnahmen, insbesondere im Rohstoffsektor, eingeschränkt werden sollte. Aufgrund der Verknappung von Rohstoffen und der Zahlungsbilanzkrise der Bundesrepublik Deutschland war Erhard vom Kanzler und von den amerika-

6 Brief Wellhausens an Dehler; 22.6.1949, ADL, Nachlaß Bungartz, N33-10.

7 Alfred C. Mierzejewski: Ludvig Erhard – A Biography, Chapel Hill 2004, S. 92.

nischen Alliierten massiv unter Druck gesetzt worden, zahlreiche Maßnahmen zur Lenkung der Wirtschaft vorzunehmen und vorübergehend die Soziale Marktwirtschaft zu modifizieren. In dieser Zeit der Auseinandersetzung um einen künftigen Kurs der Wirtschaftspolitik erarbeitete der »Niederbreisiger Arbeitskreis« Programme, welche Erhard im Verlauf der Korea-Krise den Rücken stärkten. Darin empfahl der Arbeitskreis auf das Eindringlichste, die marktwirtschaftlichen Grundsätze weiterzuführen, ja diese auf bisher reglementierte Gebiete auszudehnen. »Der Staat hat die Pflicht und die Aufgabe, auf den Ablauf der Wirtschaft mit marktgerechten Mitteln, aber nur mit marktgerechten Mitteln, einzuwirken«, ⁸ hieß es im ersten Entwurf eines wirtschaftlichen Programms – Empfehlungen, die auch Erhard immer wieder aussprach, denen aber in weiten Teilen der CDU/CSU und in der SPD kein Gehör geschenkt wurde. Auf dem Höhepunkt der Krise Anfang 1951 forderten die Wirtschaftsexperten des Arbeitskreises sogar: »An den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft ist auch trotz der geänderten weltpolitischen Lage und weltwirtschaftlichen Situation für Deutschland festzuhalten«. Neben dem grundlegenden Vorschlag für ein Sofortprogramm der Bundesregierung wurde weiter erklärt: »Der Gedanke eines Selbstbeschränkungsprogramms (Austerität) wird abgelehnt.« ⁹

Mit seinen Entwürfen brachte der »Niederbreisiger Arbeitskreis« so Diskussionen in Gang, die Erhard zunehmend entlasten sollten. ¹⁰ Dies war auch bitter nötig, da nicht nur im Oppositions- und Regierungslager Vorbehalte gegen Erhards Maßnahmen herrschten. Gerade von industrieller Seite wurde die Politik des Wirtschaftsministers gelegentlich scharf verurteilt. Würden »die Belange der deutschen Wirtschaft außer Acht« gelassen und sollte Erhard weiterhin falsche Prognosen abgeben, schrieb der Industrielle Konrad Wagner an Thomas Dehler, dann werde die Bundesrepublik Deutschland »– vielleicht für immer – zu einem Niemandsland zwischen Ost und West« herabsinken. ¹¹ Dehler leitete das Schreiben umgehend an Ilau weiter und informierte auch Erhard hierüber. Lange bevor der Wirtschaftsminister auf die kritische Betrachtung Wagners antwortete, hatte Ilau schon Stellung dazu genommen. Besonders die optimistische Haltung Erhards während der Korea-Krise verteidigte der FDP-Wirtschaftsfachmann: »Ich bin auch der Meinung, daß Prof. Erhard sich in der Abgabe von Prognosen manchmal etwas mehr hätte

8 Erster Entwurf eines wirtschaftspolitischen Programmes vom 28.11.1950, Bundesarchiv (BA) B102, Dokument 12573.

9 Vorschläge für ein Sofortprogramm der Bundesregierung vom 22.2.1951, Ludwig-Erhard-Stiftung (LES): Die Korea-Krise als ordnungspolitische Herausforderung der deutschen Wirtschaftspolitik. Texte und Dokumente, Stuttgart 1986, S. 273.

10 Diskussionsbeitrag von Fritz Hellwig vom 7.11.1984, LES: Korea-Krise (wie Anm. 9), S. 103.

11 Abschrift des Briefes von Wagner an den Wirtschaftsausschuß der FDP, z. Hd. Herrn Dehler, 12.7.1951, ADL, Nachlaß Dehler, N1-1107.

zurückhalten sollen.« Doch wolle er »offenbar mit seinen Äußerungen versuchen, die innenpolitischen Belastungen, die aus der mit dem Koreakonflikt einsetzenden Preisbewegung im Ausland und dann im Inland zunehmend erwachsen, nach Möglichkeit zu mildern.«¹² Das wollte der Wirtschaftsminister in der Tat. Letztlich behielten Erhard und die Wirtschaftsexperten des »Niederbreisiger Arbeitskreises« auch Recht – Anfang 1952 konnte die Zahlungsbilanzkrise aufgrund eines solide ansteigenden Exportwachstums überwunden werden.

Insofern fühlten sich Erhard und die FDP in ihrem ökonomischen Kurs bestätigt und aus diesem Grund spielte die Soziale Marktwirtschaft wiederum eine bedeutende Rolle bei den bevorstehenden Wahlen 1953. Während die FDP in ihrem Wahlprogramm festhielt, sie bekenne sich »zur Fortführung der von ihr seit 1948 vertretenen erfolgreichen Politik der Marktwirtschaft«¹³, rührte auch Erhard kräftig die Werbetrommel für die Soziale Marktwirtschaft und erneut für die CDU. Es blieb nicht aus, dass deswegen ein alter Disput hoch kochte. Bereits 1949 hatte Dehler, schwer gekränkt nach Erhards Entschluss, für die CDU zu kandidieren, betont, »Soziale Marktwirtschaft war unsere Idee«.¹⁴ Nun wurde auf Wahlplakaten die 1948 implementierte Wirtschaftsordnung als »CDU-Leistung«¹⁵ bewertet. Darüber hinaus bekräftigte der Bundeswirtschaftsminister im zweiten Wahlkampf auch noch, »ich stamme aus der Christlich-Demokratischen Union.«¹⁶ Das konnte und wollte Dehler, der nach wie vor ein sehr freundschaftliches Verhältnis mit Erhard pflegte, so nicht stehen lassen. Er verschwieg in seinen Wahlkampfreden daher nicht, woher Erhard, seiner Meinung nach, tatsächlich gekommen war. Daraufhin ließ es sich der damalige Obmann der Landesgruppe der CSU, Franz Josef Strauß, mit dem die FDP noch einige politische Gefechte austragen sollte, nicht nehmen, Dehler ein paar bitterböse Zeilen zu schreiben. »Ich darf Ihnen bei dieser Gelegenheit sagen, daß Wirtschaftsminister Dr. Erhard es als eine plumpe Verdrehung der Tatsachen und als billige Wahlpropaganda empfunden hat, wenn man ihn jetzt zu einem Mitglied der FDP umfälschen will«, rügte Strauß den politischen Konkurrenten, »Erhard hat sich mir gegenüber erbittert darüber geäußert.«¹⁷ Es ist fraglich, ob sich Erhard tatsächlich so geäußert hatte oder ob es ein Seitenhieb des bayerischen Politikers gewesen

12 Schreiben Ilaas an Dehler, 8.8.1951, ADL, Nachlaß Dehler, N1-1107.

13 Peter Juling: Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Einführung und Dokumente, Meisenheim 1977, S. 131.

14 Die Neue Zeitung: »Wir sind keine Partei der Kapitalisten«, 30.7.1949, Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), Ordner 17/00, Bundestagswahl 1949 – Parteien im Wahlkampf, FDP.

15 Mathias Friedel: Die Bundestagswahl 1953, in: Nikolaus Jakob (Hrsg.): Wahlkämpfe in Deutschland. Fallstudien zur Wahlkampfkommunikation 1912-2005, Wiesbaden 2007, S.112-136, hier: S. 127.

16 Brief Wellhausens an Erhard vom 4.9.1953, ADL, NL Dehler, N1-2942.

17 Schreiben Strauß' an Dehler vom 1.9.1953, ADL, NL Dehler, N1-1225.

ist, um das Verhältnis zwischen Erhard und Dehler zu trüben, wie es gerne hin und wieder versucht worden ist.¹⁸ Tief greifende Folgen für die Beziehungen zu Dehler oder zur FDP hatten die Bemerkung bzw. das Schreiben von Strauß daher auch nicht.

Zu dieser Zeit zeichneten sich aber bereits politische Unstimmigkeiten ab, die Erhard 1957 eine schwere Niederlage einbringen sollten. So sehr sich die Freien Demokraten für ein freiheitliches Marktwirtschaftsgefüge aussprachen, so wenig befürworteten sie die von Erhard favorisierten Entwürfe zu einem Kartellgesetz basierend auf dem Verbotsprinzip. Während der Wirtschaftsminister hier konsequent seinem Ideal der Sozialen Marktwirtschaft folgte, konnte sich die FDP nicht von Unternehmerinteressen ihrer Parteiklientel freimachen. Erhard focht einen ohnehin schwierigen Kampf für das Kartellgesetz und bis Mitte der 1950er Jahren waren schon zahllose Anträge und Entwürfe in viel zu vielen Ausschüssen massiv abgeändert, in andere Gremien verwiesen oder schlicht abgelehnt worden. Gegen das Verbotsprinzip formierte sich eine starke Front, die vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) angeführt wurde. Konnte Erhard während der Korea-Krise auf Rückhalt von Seiten der FDP zählen, so fehlte ihm dieser zur Durchsetzung seines Kartellgesetzes.¹⁹ Der Wirtschaftsminister stellte sich auf einen Alles-oder-Nichts-Standpunkt, erregte sich Oscar Funcke, Unternehmer, FDP-Abgeordneter und Kartellexperte. Doch das werde den Abläufen in der Wirtschaft nicht gerecht, die auf Kompromissen und der »Schaffung einer Mittellage« fuße. Schließlich lebe auch der Mensch »nicht in Eiseskälte und nicht in Gluthitze, sondern in temperiertem Raum«, sagte Funcke dem Präsidenten des BDI, Fritz Berg, seine Unterstützung gegen Erhards Gesetz zu.²⁰ 1953 äußerte sich Funcke sogar in der Öffentlichkeit sehr skeptisch hinsichtlich eines geplanten Anti-Kartellgesetzes: »Die Erhardsche Ansicht bedeutet die Peitsche, mit der der Unternehmer auf höchste Sparsamkeit und Leistung gebracht werden soll«, schlussfolgerte er.²¹ Noch vier lange Jahre sollte der Streit um ein Kartellgesetz dauern, in dem sich sogar die US-Alliierten überrascht davon zeigten, dass ab Mitte der 1950er Jahre am ehesten noch die SPD und vor allem Karl Schiller einem Verbotsprinzip zustimmten.²² Als am 27.7.1957 das »Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen« endgültig verabschiedet wurde, war von den ersten Entwürfen Erhards nichts mehr übrig

18 Schreiben Erhards an Dehler vom 13.12.1954, ADL, NL Dehler, N1-2942.

19 Volkhard Laitenberger: Ludwig Erhard. Der Nationalökonom als Politiker, Göttingen 1986, S. 109f.

20 Stellungnahme Funckes zu einem Brief Erhards an Berg vom 10.7.1952, ADL, NL Funcke, N66-72.

21 Rede über Kartelle vom 14.4.1953, ADL, NL Funcke, N66-74.

22 Repeat of Stanley E. Disney, Chief Decartelization and Deconcentration Division re Decartelization Law, 8.4.1954, National Archives (NA), Record Group (RG) 466, HICOG, 500.6 Monopolies Germany.

geblieben – statt eines Verbotsprinzips trat 1958 ein Gesetz auf der Grundlage des Missbrauchsprinzips in Kraft.

Es war bereits das zweite Mal in diesem Jahr, dass Erhard politisch Havarie erlitt. Im Januar war das Gesetz zur Rentenreform mit den Stimmen der CDU/CSU und der SPD gegen die Stimmen der FDP angenommen worden. Mit ihrer Ablehnung der dynamischen Rente brachten die Freien Demokraten zum Ausdruck, was dem Wirtschaftsminister aufgrund des Fraktionszwangs verwehrt blieb, denn bei der Abstimmung hob er die Hand für das Gesetz.²³ Damit hatte Adenauer politisch durchgesetzt, was Erhard wirtschaftlich für grundsätzlich falsch hielt und was ihn zusätzlich in moralische Nöte brachte. In seinem Neujahrsgruß an Heuss, mit dem er seit Jahren ein durchaus herzliches Verhältnis pflegte, beklagte Erhard auch diesen Zwiespalt. Er frage sich schon, ob seine Seele nicht Schaden genommen habe. Er wolle dies womöglich nicht wahrhaben, seiner Sache sei er aber nicht mehr ganz sicher.²⁴ Es waren dies erste Anzeichen einer Ermüdung, die Erhard hier zeigte. Er war ein Wirtschaftsminister aus einem Guss, allerdings in einer Partei, die oft genug andere wirtschaftspolitische Sichtweisen vertrat, zumal unter Adenauers Führung. Seit Erhard in das Kabinett von Adenauer berufen worden war, gab es zahlreiche, teils heftige Auseinandersetzungen mit dem Kanzler und immer wieder zähes Ringen um Einzelentscheidungen mit der eigenen Fraktion. In einer Reihe von Debatten und Abstimmungen verhielten sich die Liberalen häufig im Sinne Erhards, so auch bei einer 1956 kurzfristig geplanten Streichung von Sonderabschreibungsmöglichkeiten der verarbeitenden Industrie während der Hochkonjunktur, die Blücher unterstützte und die Erhard wohl wiederum auf Druck des Kanzlers und des Kabinetts aufgab,²⁵ bei der Organisation von Bundesbank und Landeszentralbanken im Bundesbankgesetz und in der Debatte um die Römischen Verträge und die Schaffung einer Freihandelszone 1957.²⁶

Wo gebe es denn freien Wettbewerb, fragte Karl-Hermann Flach auf einer Klausurtagung der FDP im Dezember 1958 rhetorisch, er existiere lediglich »in der Investitions- und Konsumgüterindustrie mit vielen Knüppeln zwischen den Beinen (...) und einer überstarken Tendenz zur Einschränkung.« Der liberale Politiker sprach dem Wirtschaftsminister aus der Seele, nicht nur in Bezug auf eine Ausweitung des Wettbewerbs auf bisher regulierte Unternehmensfelder, sondern auch hinsichtlich der Europapolitik: »In Westeuropa wurden gewaltige supranationale Bürokratien aufgebaut (...), die Elemente

23 Hartmut Soell: Ludwig Erhard und die Opposition, in: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Nach-Denken: Ludwig Erhard in der Politik, Bonn 1997, S. 22-40, hier: S. 33.

24 Daniel Koerfer: Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer, Berlin 1998, S. 137.

25 Mierzejewski: Erhard (wie Anm. 7), S. 129.

26 Volker Hentschel: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München 1996, S. 423 und 411.

des Dirigismus sind. Das alles ist eine Herausforderung an die liberalen Wirtschaftspolitiker.«²⁷

Insofern war das erste Nachkriegsjahrzehnt angesichts des weitgehenden Konsenses zwischen Erhards Sozialer Marktwirtschaft und den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der FDP von einer politisch guten Zusammenarbeit gekennzeichnet. Aus diesem Grund befürwortete Erhard immer wieder die bürgerlich-konservative Koalition mit der FDP, auch als es Mitte der 1950er Jahre zum einen zu schwerwiegenden Zerwürfnissen mit dem Kanzler und zum anderen zu einem Spaltungsprozess innerhalb der FDP kam. In der Deutschland- und der Europapolitik gab es zwischen Adenauer und der FDP mittlerweile deutliche Differenzen, die der Machtpolitiker Adenauer keineswegs dulden konnte. Er rief die FDP – und ebenso häufig Erhard – zur Raison, erwartete politischen Gehorsam und versuchte sogar durch ein neues Wahlrecht, das sog. »Grabenwahl-System«, die Freien Demokraten aus dem Parlament zu drängen. Vor diesem Hintergrund kam es schließlich zum Bruch der nordrhein-westfälischen Koalition und dann sogar des Regierungsbündnisses in Bonn. In Nordrhein-Westfalen formierte sich erstmals eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP; dagegen konnte Adenauer einige Bonner FDP-Abgeordnete und die vier FDP-Minister für sich und seine Politik gewinnen. Mit dieser von den Freien Demokraten abgespaltenen Gruppe, der »Freien Volkspartei«, regierte er weiter. Vermittlungsversuche von Erhard, die FDP und damit alte Weggefährten wie Dehler wieder in die Koalition zurückzuholen, scheiterten. Die FDP blieb von 1956 an bis 1961 in der Opposition, da sie im folgenden Jahr bei den Bundestagswahlen nicht nur Stimmenverluste, sondern auch den überragenden Wahlerfolg der Unionsparteien, die absolute Mehrheit, hinnehmen musste.²⁸ Die Popularität des Wirtschaftsministers und sein unermüdlicher Wahlkampfeinsatz hatten hierzu maßgeblich beigetragen.

So kam es, dass Erhard und die Freien Demokraten erneut ein gemeinsames Ziel hatten, diesmal außerhalb der Wirtschaftspolitik: die Ablösung Adenauers als Kanzler. Während die FDP hoffte, dass sich mit einem neuen Kanzler auch andere deutschland- und außenpolitische Impulse durchsetzen ließen und die Partei ohnehin noch eine »offene Rechnung« mit dem »Alten aus Rhöndorf« hatte, war Erhard um so überzeugter, aufgrund seiner bisherigen politischen Leistungen und seiner Loyalität gegenüber dem Kanzler dessen einzig würdiger Nachfolger zu sein.

27 Karl-Hermann Flach: Aufgaben, Chancen und Gefahren für die liberale Partei, aus: liberal – Sonderausgabe zur Klausurtagung der FDP, 12./13.12.1958, in: Joachim Bretschneider; Harald Hofmann (Hrsg.): Liberaler aus Leidenschaft: Karl-Hermann Flach, München 1974, S. 89-98, hier: S. 92f.

28 Udo Leuschner: Die Geschichte der FDP. Metamorphosen einer Partei zwischen rechts, sozialliberal und neokonservativ, Münster 2005, S. 30ff.

2. Rückschläge und Enttäuschungen

Das Vorhaben, den Kanzler abzusetzen, sollte sich jedoch als schwierig erweisen. Schon geraume Zeit vor der Bundestagswahl 1961 garte die Diskussion um eine Nachfolgeregelung für den mittlerweile über 80-jährigen Adenauer. Dieser zeigte allerdings nicht die geringste Absicht, die politische Bühne verlassen zu wollen. Mehr noch unternahm er alles, um an der Macht bleiben zu können, vor allem als immer deutlicher wurde, dass Erhard als sein Nachfolger gehandelt wurde. Denn Adenauer erklärte seinen Wirtschaftsminister schlicht für unfähig, Kanzler sein zu können, und hielt mit dieser Meinung auch keineswegs hinter dem Berg. Diese Kampagne führte so weit, dass Adenauer 1959 damit auch das Amt des Bundespräsidenten beschädigte.

Die zweite Amtszeit von Theodor Heuss, der bis dahin das höchste Staatsamt achtungsvoll bekleidet hatte, neigte sich dem Ende zu. Eine dritte Periode wollte der Bundespräsident nicht übernehmen, da eine abermalige Wiederwahl einer Änderung des Grundgesetzes bedurft hätte. Adenauer begriff schnell, dass er seinen ungeliebten Wirtschaftsminister als Kanzlernachfolger ausschalten könnte, würde Erhard Bundespräsident. Aus diesem Grund brachte er, ohne Rücksprache mit Erhard selbst, dessen Namen ins Spiel und jenen damit in Zugzwang. Nach einigem Hin und Her – Erhard war sich nicht sicher, erhielt Fürsprache von Heuss, doch anzunehmen, zögerte die Entscheidung jedoch hinaus und schürte Hoffnungen – lehnte er schließlich ab, da auch er den Schachzug Adenauers erkannte, aber nichts dringlicher wollte, als Kanzler zu werden. Mit seinem Entschluss verärgerte er Heuss so sehr, dass dieser ihm dafür eine Rüge erteilte. Bei einem Treffen der beiden Männer wollte Erhard den Bundespräsidenten damit besänftigen, es habe immerhin etwas Charmantes an sich, wenn so leicht kein geeigneter Nachfolger gefunden werden könne, doch Heuss erwiderte grantig, das sei doch Blech.²⁹

Adenauer hatte derweil beschlossen, selbst als Bundespräsident zu kandidieren, allerdings wollte er gleichzeitig die Befugnisse bzw. die Machtstellung des höchsten Staatsamtes ausbauen. Als er damit allenthalben auf Empörung stieß und ihm klar wurde, dass in diesem Fall der nächste Bundeskanzler erst recht Ludwig Erhard heißen würde, verwarf er den Gedanken umgehend. Nun suchte er andere, oft kränkende Methoden, seinen Wirtschaftsminister unter Kontrolle zu bekommen. Wie sehr Erhard dieser Umgangsstil persönlich entsetzte, vertraute er abermals Heuss an. Diesem schrieb er 1959, er sei sich seiner wahrhaftigen Beziehung zu Heuss mehr denn je bewusst geworden, gerade vor dem Hintergrund der Ereignisse des letzten Jahres, die ihn über die

29 Koerfer: Kanzleramt (wie Anm. 24), S. 262.

Relativität menschlicher Werte hätten nachdenken lassen. Und wieder kamen Ermüdungserscheinungen des zusehends zermürbten Politikers Erhard zu tage, als er Heuss fragte, wie dieser den Übergang von der aktiven Politik hinüber zum Privatleben gemeistert habe.³⁰ Keine vier Wochen nachdem Erhard diesen Brief an Heuss verfasst hatte, erkrankte der Wirtschaftsminister während einer Reise in den Nahen Osten an einer lebensbedrohlichen Lungenentzündung. Erhard musste sich daraufhin nicht nur von den vorausgegangenen seelischen Belastungen, sondern auch von dieser Erkrankung allmählich erholen.³¹

Das dilettantische Vorgehen Adenauers war für die FDP nur eine weitere Bestätigung, dass der »Alte aus Rhöndorf« im Hinblick auf die Bundestagswahlen 1961 dringend als Kanzler abgelöst werden musste. Trotz einiger Höhen und Tiefen im Verhältnis zum Wirtschaftsminister ließen sich die Liberalen alsbald zu einer Koalitionsaussage mit der CDU/CSU verleiten, da Erhards Popularität ungebrochen war und der FDP gute Aussichten auf eine abermalige Regierungsbeteiligung bot. Zugleich drangen die Freien Demokraten dabei auf eine Nachfolgeregelung Adenauers. Zwar warnte Flach vor allzu eiligen Festlegungen, denn »die FDP hat sich zur Unabhängigkeit durchgekämpft. Sie ist selbstbewusst geworden. Nun strebt sie wieder nach Macht und Verantwortung. Kann man ihr übel nehmen, daß sie eine neue Koalition nicht eil- und bußfertig, sondern gemessenen Schrittes anstrebt?«³² Doch der FDP-Fraktionsvorsitzende Erich Mende war sich sicher, dass die Freien Demokraten im nächsten Kabinett mit einem Kanzler Erhard regieren würden. Er ließ sich aus diesem Grund kurz vor den Wahlen zu der öffentlichen Aussage unter dem Motto, »mit der CDU, aber ohne Adenauer« hinreißen und knüpfte daran hohe Wählererwartungen. Mende glaubte, nach der Präsidentschaftskrise genügend Rückendeckung aus den Reihen der CDU/CSU für einen Kanzlerwechsel zu besitzen.

Schon länger hatten sich hochrangige Politiker, darunter Eugen Gerstenmaier, Franz Josef Strauß, Bruno Heck, Werner Dollinger und Ludwig Erhard zu vertraulichen Gesprächen getroffen, um einen Wechsel vorzubereiten. Die dabei ausgehandelte Strategie ging allerdings eindeutig zu Lasten der Freien Demokraten: Während die CDU intern für eine Ablösung werben sollte, verlangte Mende in der Öffentlichkeit den Kanzlerwechsel von Adenauer zu Erhard. Tatsächlich konnte die FDP vor allem mit dieser Forderung 12,8% der Stimmen bei der Bundestagswahl 1961 gewinnen. Aber es kam wie es kommen musste: Adenauer dankte mitnichten ab, nahm den Fehdehandschuh auf

30 Koerfer: Kanzleramt (wie Anm. 24), S. 423.

31 Koerfer: Kanzleramt (wie Anm. 24), S. 426.

32 Karl-Hermann Flach: Der Aufschrei der Konformisten, aus: fdk – Pressedienst der Freien Demokratischen Partei, 4.4.1961, in: Bretschneider, Hofmann: Flach (wie Anm. 25), S. 99-101, hier: S. 100.

und präsentierte sich in den Wochen der schwierigen Koalitionsverhandlungen noch einmal als Machtpolitiker par excellence: Er ergriff die Initiative, bot der FDP Koalitionsgespräche an, trieb Erhard in einer persönlichen Unterredung den Gedanken einer Kampfkandidatur, ja überhaupt einer Kanzlerschaft zu diesem Zeitpunkt aus, was wiederum Mende sehr verärgerte, und suchte anschließend, als die FDP auf ihrer Position beharrte, arglistig den Kontakt zur SPD. Nach wochenlangem Gezerre um die Regierungsbildung gab die FDP schließlich ihre bisherige Bedingung auf, rang Adenauer nur die Zusage ab, noch vor Ende der Legislaturperiode sein Amt niederzulegen und musste für diesen »Umfall« einen beträchtlichen Prestigeverlust bei ihren Anhängern hinnehmen – ebenso wie Erhard, von dem sich viele erhofft hatten, er würde ein Übergangskabinett ablehnen und sich endlich unverhohlen gegen den Kanzler stellen.³³

Für Erhard kam erschwerend hinzu, dass er noch vor Bildung der neuen Regierung einen weiteren Rückschlag, diesmal durch die FDP, zu ertragen hatte. Im Laufe der Koalitionsverhandlungen beharrten die Liberalen immer stärker auf der Errichtung eines Ministeriums für Entwicklungshilfe. Die FDP spekulierte darauf, durch Übernahme des Entwicklungshilfeministeriums zukünftig mehr Einfluss auf die Außenpolitik nehmen zu können. Der Wirtschaftsminister aber war nicht bereit, das Ressort der Entwicklungshilfe, das seinem Ministerium zugeordnet war, abzugeben. Dafür maß er der Entwicklungshilfe generell und im Rahmen der Außenwirtschaftspolitik zu viel Bedeutung zu und beschäftigte sich mit Entwicklungshilfepolitik selbst zu gerne. Anfänglich zeigte sich Adenauer bereit, die Bildung des neuen Ministeriums samt den Befugnissen noch einmal zu überdenken, zumal Erhard mit Rücktritt gedroht hatte. Wie so häufig entschied er sich schließlich gegen Erhards Wunsch und übertrug die Verantwortung für die Entwicklungshilfe Walter Scheel.³⁴

Während Erhard, der ewig Zweite, psychische und physische Kräfte für die nächsten Jahre auf der politischen Bühne sammeln musste, sich zur Erholung oft in sein Haus am Tegernsee zurückzog und verstärkt seine lang ersehnte Kanzlerschaft vor Augen hatte, waren die Freien Demokraten bemüht, sich aus ihrem Manko des »Umfalls« zu befreien. Zugleich suchten sie vor dem Hintergrund der sich wandelnden SPD nach einer neuen inhaltlichen Positionierung. »Die FDP hat durch Halbheiten in ihrer Politik eine entscheidende Chance verpasst«, resümierte Flach und verlangte von seiner Partei, sie solle wieder, wie in den Oppositionsjahren zuvor, »das Image der jungen, modernen, liberalen Partei« entwickeln, »die sozial aufgeschlossen, weltoffen und

33 Hentschel: Politikerleben (wie Anm. 26), S. 512ff.

34 Koerfer: Kanzleramt (wie Anm. 24), S. 625ff.

kampfeslustig über die offiziellen Tabus hinweg einer guten Zukunft entgegengeht.«³⁵

In den kommenden Jahren diskutierten die Liberalen verstärkt außen- und deutschlandpolitische Neuansätze, gaben sich peu à peu ein neues Gesicht, erzwangen den Rücktritt von Innenminister Strauß während der »Spiegel-Affäre« 1962 und entfachten wieder die alte Diskussion um die Kanzlernachfolge. Als Ludwig Erhard schließlich im April 1963 als Kanzlernachfolger nominiert wurde, stellte sich gleichzeitig immer deutlicher heraus, dass Erhard und die FDP zwar noch manches verband und der Ausgangspunkt – die Idee freiheitlicher Politik – der gleiche war, ihre Wege zur Verwirklichung aber immer unterschiedlicher wurden.³⁶

3. *Kanzler Erhard und die FDP*

Bereits im Vorfeld der Kanzlerschaft Erhard zeigten sich einige Abgeordnete der FDP recht verhalten im Hinblick auf die zukünftige Zusammenarbeit der Regierungsparteien. Erhards alter Weggefährte Dehler hingegen erklärte öffentlich, er begrüße dessen Kandidatur, denn »Dr. Erhard ist ein liberaler Mann.«³⁷ Eine einheitliche Linie von FDP und CDU/CSU war ungeachtet dessen schwerlich zu erkennen, weder beim Sozialpaket noch in der Agrar- oder Außenpolitik. So hieß es mehrfach vor der Wahl Erhards zum Bundeskanzler, Entscheidungen bis nach der Regierungserklärung zu vertagen.

Entsprechend schnell entzündete sich an der für die Freien Demokraten wichtigen Frage des EWG-Getreidepreises die Diskussion, ob die Abgeordneten der FDP Erhard überhaupt ihre Stimme geben könnten, eben weil keine klare Linie erkennbar war und daher auch fraglich sei, ob die FDP ihre politischen Forderungen in diesem Kabinett durchsetzen könne. Im Rahmen der EWG-Kommissionsgespräche um eine gemeinsame europäische Agrarpolitik trat die FDP dafür ein, die für die Landwirte nachteilige Senkung des deutschen Getreidepreises so lange abzulehnen, bis zahlreiche Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EWG beseitigt und eine Harmonisierung der Kosten erfolgt wären. »Wenn wir immer aus Angst vor einer Störung des außenpolitischen Klimas dulden, daß die anderen ihre Auffassungen nahezu hundertprozentig gegen uns durchsetzen«, so die Bedenken der Abgeordneten Josef Effertz und

35 Karl-Hermann Flach: Kurs ohne Kompaß?, aus: Die Zeit, 1.1.1965, in: Bretschneider, Hofmann: Flach (wie Anm. 25), S. 101-107, hier: S. 102..

36 Horst Friedrich Wünsche: Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft: Eine Bilanz, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Ausgabe 112 (2/2007), S. 81-89, hier: S. 87.

37 Mitteilung Dehlers an Erhard vom 25.4.1963; ADL, NL Dehler, N1-2942.

Fritz Walter, »dann hat die FDP auf dem Lande 1965 große Verluste zu erwarten.«³⁸

Erhard suchte diese Zweifel zu zerstreuen. Am Tag von Adenauers Rücktritt als Kanzler verlas er in der Sitzung der FDP-Bundestagsfraktion Teile seiner Regierungserklärung und bekundete damit eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Des Weiteren stellte er sich den Fragen der Fraktion. Erhard betonte, für die Landwirtschaft eintreten zu wollen, gab aber auch zu verstehen, dass »wir auf diesem Gebiet nicht voll Herr unserer Beschlüsse« sein werden. Auf Nachfragen bat er gelegentlich, es dabei bewenden zu lassen, da er nicht die Regierungserklärung vorwegnehmen wolle,³⁹ selbst wenn sich einige Fraktionsmitglieder ausführlichere Antworten erhofft hätten.

Ungeachtet weiterhin bestehender Zweifel nach Erhards Kurzbesuch in der FDP-Fraktion plädierte Mende dennoch dafür, Erhard zu wählen, denn: »Wer 1961 Erhard wollte, sollte ihm 1963 die Gefolgschaft nicht versagen«, worauf ein FDP-Abgeordneter erwiderte, »da wir keine Alternative haben, bleibt uns gar nichts anderes übrig, als Erhard zu wählen.«⁴⁰ Einen Tag später, am 16.10.1963, wurde Erhard mit 279 zu 180 Stimmen bei 24 Enthaltungen zum Bundeskanzler gewählt.

Der neue Kanzler wollte nicht allzu viele Kabinettsmitglieder austauschen, um eine kontinuierliche Regierungsarbeit gewährleisten zu können. Doch war es an der Zeit, treuen Mitstreitern ein Regierungsamt zu übergeben und dadurch insbesondere der FDP das vertrauensvolle, enge Verhältnis aufzuzeigen. Aus diesem Grund wurde Erich Mende umgehend als Vizekanzler vorgeschlagen. Die Entscheidung zur Übernahme einer konkreten Aufgabe im Kabinett war jedoch noch offen und das parteiinterne Ringen vorprogrammiert. Schließlich musste Rainer Barzel das bisher CDU-geführte Gesamtdeutsche Ministerium für den nachrückenden Mende verlassen.⁴¹ Dies war nur eine Episode von noch folgenden, die keineswegs dazu beitrug, Erhards Machtbasis innerhalb der eigenen Fraktion zu verbreitern, was ihm schließlich zum Verhängnis werden sollte.

Nach diesen Anfangsschwierigkeiten schien sich tatsächlich noch einmal eine neue politische Richtung mit Erhard abzuzeichnen. So wurden etwa mit dem von der FDP-Bundestagsfraktion unterstützten Berliner Passierscheinabkommen 1963/64, dass Westberlinern seit dem Mauerbau 1961 erstmals wieder einen Besuch bei Verwandten im Ostteil der Stadt ermöglichte, erste innerdeutsche Hürden abgebaut. Teile der FDP verstanden die Übereinkunft mit der DDR als »Beginn einer neuen Politik«, doch Erhard zeigte sich dieser

38 Kurzprotokoll der FDP-Bundestagsfraktionssitzung vom 8.10.1963, ADL, NL Mischnick, A40-753.

39 Kurzprotokoll der Sitzung vom 15.10.1963, ADL, NL Mischnick, A40-753.

40 Kurzprotokoll der Sitzung vom 15.10.1963 (wie Anm. 39).

41 Koerfer: Kanzleramt (wie Anm. 22), S. 784.

Auffassung gegenüber verhaltener. »Die Zone ist zu einer Ausweitung des Abkommens nicht bereit. Wenn sie kein Entgegenkommen zeigt«, so Erhard weiter, sei dies auch nicht der Anfang einer neuen Politik.⁴²

Dehler und Mende nahmen das Abkommen dennoch zum Anlass, sich mit Blick auf die deutsche Einheit für weitere Kontakte zur Deutschen Demokratischen Republik und zur Sowjetunion auszusprechen. Sie zogen weitere Konzessionen an beide Staaten in Betracht, ja, sie überdachten sogar die Gültigkeit und Sinnhaftigkeit der Hallstein-Doktrin, den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland. Darüber hinaus stellte der FDP-Politiker Wolfgang Schollwer den deutschen Anspruch auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße in Frage.⁴³ So sehr Erhard ein Verfechter der deutschen Einheit war, so wenig konnte er den bisherigen Weg der Deutschlandpolitik verlassen. Der neue Kanzler hatte sich in seiner ersten Regierungserklärung für die Rechtsgültigkeit der deutschen Grenzen von 1937 ausgesprochen und die Mehrheit der CDU/CSU lehnte es ab, die sowjetische Besatzungszone legitimieren oder »von gleich zu gleich« mit ihr verhandeln zu wollen.⁴⁴ Bis zuletzt vertrat Erhard die Ansicht: »Während eines Zeitraums von 20 Jahren ist es uns gelungen, die Anerkennung des Zonenregimes zu verhindern. Eine weitere Fortsetzung dieser Haltung wird die Zone letztlich zur Aufgabe ihres Anerkennungsanspruchs veranlassen.«⁴⁵ Die Vorstöße der FDP wurden vehement zurückgewiesen und Dehler zeigte sich zusehends enttäuscht von seinem Freund Erhard, dem er alsbald vorwarf, nicht nur die senile Außenpolitik Adenauers weiter zu betreiben, sondern auch dessen aussichtslose Deutschlandpolitik fortzuführen.⁴⁶

Hierbei kam es auch zu Dehlers Anschuldigungen, Erhard und die CDU/CSU hätten den Bundestag im Zusammenhang mit dem Röhren-Embargo Ende des Jahres 1963 bewusst falsch informiert. FDP und SPD hatten sich gegen das von der NATO verhängte Embargo ausgesprochen, das die Lieferung von Großröhren an den Ostblock untersagte. Beide Parteien waren überzeugt, durch den Ausbau und die Liberalisierung des Ost-West-Handels eine politische Annäherung und einen Wandel innerhalb der kommunistischen Länder herbeiführen und damit die deutsche Einheit erreichen zu können. Zwar hatte die ökonomische Liberalisierung auch für Erhard Priorität, doch hielt er eine

42 Protokoll der Fraktionssitzung vom 8.1.1964, ADL, NL Mischnick, A40-763.

43 Jürgen Bellers: Außen-, Europa-, Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik der deutschen Parteien und Verbände in der Bundesrepublik Deutschland nach 1950; <http://www.fb1.uni-siegen.de/politik/mitarbeiter/bellers/dokumente/aussenwirtschaftspolitik.pdf>, 04.10.2007, S.3.

44 Horst Osterheld: Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963-1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt, Düsseldorf 1992, S.243.

45 Kurzprotokoll der Fraktionssitzung am 26.4.1966, ADL, NL Mischnick, A40-777.

46 Udo Wengst: Thomas Dehler – 1897-1967. Eine politische Biographie, München 1997, S. 374.

ernstzunehmende Annäherung zwischen Ost und West unter dem sowjetischen Regierungschef Chruschtschow für unrealistisch. »Eine Vermischung zwischen zwei so ganz und gar verschiedenen Systemen ist sowieso ausgeschlossen«, erklärte der Kanzler.⁴⁷ Er wähte die Wiedervereinigung lediglich über außenpolitische Initiativen der amerikanischen Verbündeten erlangen zu können. Daher fand die Aufhebung des Embargos nicht seine Unterstützung, zumal er davon ausging, dass die USA ohnehin die Beibehaltung des Lieferverbots wünschten. Durch den Auszug der CDU/CSU-Abgeordneten während der Abstimmung über die fristgerechte Einstellung der Verordnung war das Ansinnen von FDP und SPD schließlich boykottiert worden. »Man habe einen Geheimbeschluss des Nato-Rates fingiert, um dem Wunsch amerikanischer Interessengruppen zu entsprechen und die deutschen Röhrenlieferungen nach Russland zu verhindern«, erhob Dehler diesen Vorwurf auf mehreren FDP-Versammlungen im Frühjahr 1964 und erklärte: »Die Minister lügen reihenweise (...) und der Kanzler hat mitgelogen!«⁴⁸

Der rauhe Ton, den Dehler inzwischen in aller Öffentlichkeit dem Kanzler gegenüber anschlug, hinterließ bei vielen FDP-Mitgliedern Verärgerung, selbst wenn sie der Anschuldigung Dehlers inhaltlich zustimmten.⁴⁹ Einerseits hatte Erhard nach wie vor Fürsprecher in der Partei, andererseits sollte vor allem mit Blick auf die Bundestagswahlen 1965 die konstruktive Zusammenarbeit der Regierungsparteien demonstriert werden. Die Wählerschaft der Freien Demokraten wolle »keinen unnötigen Krach in der Koalition«, äußerte sich dazu der damalige Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Knut Freiherr von Kühlmann-Stumm, in einem Interview. »Der Kanzler stehe den Freien Demokraten wohlwollend gegenüber. Erhard habe nie versucht, wie sein Vorgänger Adenauer, einen Keil in die FDP-Bundestagsfraktion zu treiben«,⁵⁰ rechtfertigte er die weiter bestehende Koalitionsbereitschaft der FDP mit den Christdemokraten. Nach außen waren auf diese Art und Weise die Wogen wieder geglättet worden, aber innerhalb der FDP-Bundestagsfraktion nahm die Unzufriedenheit über die Zusammenarbeit der Koalitionspartner zu, wie sie auch Wolfgang Mischnick seit längerem zum Ausdruck gebracht hatte: »Unsere Forderungen lässt Erhard glatt unter den Tisch fallen. Man hat den Eindruck, daß hier ein doppeltes Spiel getrieben wird.«⁵¹ Zudem war infolge der Streitigkeiten um das Röhren-Embargo letztlich auch die langjährige persönliche Freundschaft zwischen Erhard und Dehler zerbrochen.

47 Protokoll der Fraktionssitzung vom 8.1.1964 (wie Anm. 42).

48 Badisches Tageblatt: »Scharfe Angriffe Dr. Dehlers gegen Bundeskanzler Erhard«, 4.4.1964, ADL, NL Dehler, N1-2627.

49 Schreiben Otto Schumacher-Hellmolds an Mende, 28.4.1964, ADL, NL Dehler, N1-1983.

50 Rheinische Post: »Wir müssen Thomas Dehler ertragen«, 12.5.1964, ADL, NL Dehler, N1-2627.

51 Kurzprotokoll der Fraktionssitzung vom 23.10.1963, ADL, NL Mischnick, A40-753.

Weitere Unstimmigkeiten entstanden auch auf innenpolitischem Terrain, als 1965 eine Entscheidung zur Verjährung von nationalsozialistischen Gewaltverbrechen gefällt werden musste. Im Frühsommer des Jahres sollte nach deutschem Recht die Frist enden, nach der künftig eine Strafverfolgung von Nazi-Verbrechen nicht mehr möglich gewesen wäre. Erhard nahm zu dieser Frage schnell eine entschlossene Haltung ein: Seinem Willen nach war die Verjährungsfrist unbedingt zu verlängern, damit die unmenschlichen Taten weiterhin gerichtet werden konnten. Ausgerechnet hier stieß er auf Widerstand von Seiten der FDP und namentlich des Justizministers Ewald Bucher. Unter Verweis auf Artikel 103 des Grundgesetzes, der eine Verlängerung der Verjährungsfrist ausschloss, sowie auf nicht geahndete Vergehen der alliierten Siegermächte lehnten die FDP und weite Teile der CDU/CSU diese ab. Erst eine Initiative von Adenauer brachte in dieser Problematik eine Lösung. Da es nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Wahl zum ersten Deutschen Bundestag keine rechtsfähige Gewalt gegeben habe, so Adenauers Argumentation, könne die Verjährungsfrist erst 1949 beginnen und würde daher erst 1969 enden. Diesem Kompromiss stimmte der Bundestag immerhin zu, Bucher trat als Justizminister aber dennoch zurück. Die FDP verlor das Ministerium daraufhin, da Erhard das Amt des Justizministers dem CDU-Politiker Karl Weber übertrug.⁵²

Trotz allem kam für Erhard im Wahljahr 1965 keine andere Regierungskonstellation als mit der FDP in Frage. Er war aufgrund der zahlreichen, langjährigen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen mit der SPD der »Repräsentant der Kleinen Koalition« geworden⁵³, allerdings nahm er sich mit dieser Festlegung Handlungsspielräume nach der Wahl. Auch die FDP erneuerte ihr Angebot, mit Erhard regieren zu wollen, obwohl Erhard Ende 1964 entgegen der Forderung der FDP die Angleichung des EWG-Getreidepreises letztlich nicht verhindern konnte. Dies hätte zur »Isolierung Deutschlands« geführt, verteidigte sich Erhard gegenüber von Kühlmann-Stumm.⁵⁴ Ein Mittelweg konnte hier lediglich durch Ausgleichsmaßnahmen der EWG sowie Steuerentlastungen, Betriebskostensubventionen und Sozialleistungen für die Landwirte zu Lasten des Bundeshaushalts gefunden werden. Die Koalitionsbereitschaft der FDP basierte aber in hohem Maß auf der Tatsache, dass es zu dieser Zeit keine geeignete Alternative gab, mit der die FDP eine Regierungsmehrheit hätte bilden können. An der »Wahllokomotive« Erhard war auch 1965 kein Vorbeikommen, der Wahlkampf konzentrierte sich auf das Image von Erhard, auf seine Popularität als Mann des »Wirtschaftswunders« und der Sozialen Marktwirtschaft.

52 Laitenberger: Nationalökonom (wie Anm. 19), S. 189f.

53 Klaus Hildebrand: Ludwig Erhard: Kanzler zwischen Politik und Wirtschaft, in: Haus der Geschichte (Hrsg.): Nach-Denken, (wie Anm. 23) hier: S.13.

54 Schreiben Erhards an von Kühlmann-Stumm, 26.2.1964, ADL, NL Mischnick, A40-562.

Bei den Bundestagswahlen 1965, denen ein für Erhard strapaziöser Wahlkampf vorausgegangen war, konnte der Kanzler in der Tat einen beachtenswerten Sieg für sich verbuchen. Er ließ sowohl die SPD als auch ihren Kanzlerkandidaten Willy Brandt weit hinter sich, obwohl ein »Kopf-an-Kopf-Rennen« prognostiziert worden war: 47,6% der Wähler stimmten für die CDU/CSU, 39,3% für die SPD.⁵⁵ Die FDP hingegen hatte im Vergleich zur Wahl 1961 Stimmenverluste zu verzeichnen und erreichte 9,5% Prozent. Rein rechnerisch stand einer Koalition mit der CDU/CSU allerdings nichts im Weg. Als Erhard während der darauf folgenden Regierungsbildung Vizekanzler Mende das Gesamtdeutsche Ministerium versagen und das Amt mit einem CDU-Politiker besetzen wollte, zeigte sich erneut, wie instabil die politische Zusammenarbeit inzwischen geworden war und welche oberflächliche Harmonie nur noch herrschte. Wieder war das Gesamtdeutsche Ministerium zum Streitpunkt geworden. Die CDU, aber auch Erhard hatten großes Interesse daran, dieses Ministerium nach den deutschlandpolitischen Vorstößen der FDP in christdemokratischer Hand zu wissen. Mende war empört darüber, beklagte, man wolle die FDP von der Außen- und Deutschlandpolitik fernhalten, forderte als einzig adäquaten Ersatz das Außenministerium und drohte für alle Fälle an, die FDP würde nicht für Erhard als Kanzler stimmen. Daraufhin wurde in der CDU/CSU wieder die Diskussion um die Große Koalition geführt. Da diese aber für Erhard völlig ausgeschlossen war und blieb, fügte er sich der Forderung Mendes nach dem Gesamtdeutschen Ministerium und übersah den Verdruss in seiner eigenen Fraktion, die noch nie geschlossen hinter ihm gestanden hatte und dies künftig noch weniger tun sollte.⁵⁶

Das neue Kabinett wurde gebildet, doch es war von Missstimmung und Enttäuschung geprägt und von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Erhard suchte seinen Weg zwischen seinem Anspruch eines »Volkskanzlers«, seiner parteipolitischen Zugehörigkeit zur CDU und seinen alten Bindungen zur FDP, zwischen den Zwistigkeiten der »Gaullisten« und der »Atlantiker« und den politischen und ideologischen »Altlasten« aus Adenauers Zeiten. So übersah der Kanzler, dass die USA ihre Außenpolitik in Bezug auf die Wiedervereinigung mittlerweile umgekehrt hatten: Der deutschen Einheit folgte nicht mehr die Entspannung des Ost-West-Konfliktes, sondern durch eine Entspannungspolitik sollte die Wiedervereinigung Deutschlands herbeigeführt werden.⁵⁷ Auch die inhaltlichen Umschwünge der SPD ignorierte Erhard weiterhin beharrlich. Die Sozialdemokraten hatten sich längst zu den westlichen Bündnissen der Bundesrepublik sowie zur Sozialen Marktwirtschaft bekannt und

55 Isabel Nocker: Der Wahlkampf für Ludwig Erhard 1965, in: Jakob: Wahlkämpfe (wie Anm. 15), S. 151-163, hier: S. 151.

56 Hentschel: Politikerleben (wie Anm. 26), S. 809f.

57 Osterheld: Bundeskanzler (wie Anm. 44), S. 86.

dem alten »Feindbild« vergangener Wahlkämpfe die Schärfe genommen. Erhard, gesundheitlich schwer angeschlagen,⁵⁸ vermochte es aber nicht mehr, diesen Balanceakt und die politischen Veränderungen mit seiner Fraktion zu meistern, die als »unregierbar« galt, von Partikularinteressen geleitet war und die Kanzlerschaft Erhards beendet sehen wollte.⁵⁹ Insofern kam es der CDU/CSU und insbesondere Adenauer und Heinrich Lübke, die sich in aller Öffentlichkeit ungeniert für eine Große Koalition aussprachen, gerade Recht, dass Erhards Rückhalt in der FDP schwand.

Die Freien Demokraten sahen ihre Politik in der Koalition zu wenig berücksichtigt und mochten Erhards Ausführungen einer guten Zusammenarbeit keinen Glauben mehr schenken. Selbst von Kühlmann-Stumm, der bisher den Koalitionsfrieden gewahrt hatte, attestierte der Bundesregierung eine »innere Zerrissenheit und Konzeptionslosigkeit«.⁶⁰ In Anbetracht der Tatsache, dass Erhards Kanzlerschaft indessen von allen Seiten immer stärker in Frage gestellt wurde, musste die FDP entscheiden, ob sie sich weiter als Stütze Erhards empfehlen wollte. Die Partei befand sich zudem seit geraumer Zeit in der schwierigen Lage, dass sie auf ihre (potenziellen) Wähler abermals profillos wirkte. »Die FDP ist vor den Augen der breiten Masse wieder nichts anderes wie damals, der verlängerte Stimmviehhafen der CDU«⁶¹, warnte ein Parteifreund Dehlers. Nach dem für die CDU und Erhard verheerenden Wahlausgang in Nordrhein-Westfalen im Sommer 1966, bei dem die SPD nur knapp die absolute Mehrheit verpasste, forderte Hermann Saam, Mitglied des Bundesvorstandes, schließlich: Die FDP solle »nicht als die letzten Verteidiger der Regierung Erhard angesichts der internen Richtungskämpfe in der CDU/CSU dastehen.«⁶²

Vor diesem Hintergrund kam es über die Frage des Haushaltsausgleichs im Herbst 1966 zum offenen Bruch mit Erhard. Das geringe Wirtschaftswachstum und die gestiegenen Lebenshaltungskosten wurden zu einer Krise hochstilisiert und dem Kanzler, der für so viele Jahre Inbegriff des »Wohlstands für alle« war, zum Verhängnis. Der FDP-Finanzminister Rolf Dahlgrün sagte für den Bundeshaushalt der kommenden Jahre eine jährliche Deckungslücke von etwa zehn Milliarden DM voraus, die ohne Steuererhöhungen nicht zu bewältigen sei. Gegen diese sprachen sich die Liberalen aber aus, da sie im Wahlkampf vor allem auch mit einem Haushaltsausgleich ohne Steuererhöhungen geworben hatten. Die Situation verschärfte sich zusätzlich, als die USA vertragliche Zahlungen in Milliardenhöhe einforderten. 1961 hatte Verteidi-

58 Hentschel: Politikerleben (wie Anm. 26), S. 815.

59 Ulrich Völklein (Hrsg.): Ludwig Erhard – Trümmer, Träume und ein Mann der Tat, Düsseldorf 1997, S. 92.

60 Kurzprotokoll der Fraktionssitzung vom 26.4.1966 (wie Anm. 45).

61 Schreiben Winters an Dehler, 21.5.1964, ADL, NL Dehler, N1-1992.

62 Kurzprotokoll der gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und Fraktion am 27.7.1966, ADL, NL Mischnick, A40-774.

gungsminister Strauß ein erstes sog. »Off-Set-Abkommen« geschlossen, dem im Anschluss weitere folgten. Damit hatte sich die Bundesrepublik verpflichtet, die Devisenausgaben der Vereinigten Staaten für die Stationierung von Truppen in Deutschland durch Rüstungskäufe in den USA auszugleichen. Aufgrund der kritischen Haushaltslage galt die noch offen stehende Zahlung aus dem dritten Off-Set-Abkommen für das Jahr 1966 als ausgeschlossen. Erhard, Galionsfigur der »Atlantiker«, währte die US-Führung loyal hinter sich und versuchte bei Präsident Johnson eine Stundung zu erwirken. Dieser war aber an einer Aussetzung der Zahlungen keineswegs interessiert – nicht nur innenpolitischer Druck bewog Johnson, Erhards Bitte abzuschlagen. Schon Ende der 1950er Jahre hatte das State Department ein Profil Erhards erarbeitet, in dem ihm hohe Kompetenzen als deutscher Wirtschaftsminister und als Wegbereiter eines multilateralen Welthandelssystems eingeräumt worden waren. Als Nachfolger von Adenauer hatten ihn die USA aber abgelehnt. Erhard war außenpolitische Weitsicht abgesprochen worden, seine Politik sei funktional und sein Denken und seine Entscheidungen seien grundsätzlich ökonomisch ausgerichtet. Ferner sei er kein Machtpolitiker, trete nicht als Meinungsführer auf und habe es allzu oft nicht vermocht, sich gegen Adenauer durchzusetzen. Genau darin bestehe aber die größte Gefahr für die amerikanische Außenpolitik, schrieb ein US-Botschaftsmitarbeiter 1958. Erhard lege seine Positionen brillant dar, vertrete sie im Kabinett aber nur ungenügend und könne auf diese Art und Weise von Lobbyisten missbraucht werden, schlussfolgerte der Autor des Erhard-Profiles.⁶³ 1966 zeigte Johnson im Zuge einer neuen außenpolitischen Gewichtung der USA erst recht kein Interesse mehr daran, Erhard als Bundeskanzler zu stützen. Damit war sein Sturz besiegelt.

In ihrer Fraktionssitzung am 4. Oktober 1966 debattierte die FDP-Bundestagsfraktion zum wiederholten Mal Möglichkeiten, Auswege und die gemeinsame Position nach außen. Sogar die Kürzung der Kilometer-Pauschale sowie einige andere Kürzungsvorschläge zog Dahlgrün zur Wahrung des Koalitionsfriedens in Betracht, »man müsse sich aber klar sein, daß, wenn andere Posten gekürzt werden, eben andere Betroffene schreien würden.« Er bemerkte ebenso, dass derlei Kürzungen aber bei Weitem nicht reichen würden, die Deckungslücke zu schließen und den Zahlungsaufforderungen der USA nachzukommen. In dieser Sitzung sprach auch der Kanzler noch einmal vor den Fraktionsmitgliedern der FDP. Was er zu berichten hatte, gab wenig Anlass zu Optimismus. »Für den Zeitraum bis 1967 bestehe noch eine deutsche Restschuld in Höhe von 900 Mill. Dollar. Die USA erzielen im Übrigen

63 Anette Koch-Wegener: *Apostle of the Free Market Economy. Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft aus US-amerikanischer Perspektive 1949-1955*, Marburg 2005, S. 323f.

im Handelsverkehr mit uns große Überschüsse«. Man täte »auch sonst alles, um den Dollar zu stärken«, wand sich der von Johnson enttäuschte Kanzler um die Wahrheit, denn den Erlass der aktuellen Zahlung und den damit offensichtlichen Erfolg seiner kürzlich beendeten USA-Reise konnte er nicht verkünden. »Der Besuch des Bundeskanzlers in den USA habe nichts eingebracht«, resümierte die FDP-Politikerin Emmy Diemer-Nicolaus, »wir sollten uns davon distanzieren, was uns gut bekäme.«⁶⁴

Einige Tage später, am 10. Oktober, empfahlen die Freien Demokraten, den Haushaltsausgleich durch eine Kürzung des Verteidigungshaushaltes zu erreichen. Dies wurde von Unionspolitikern und Journalisten als augenscheinlicher Schlag gegen Erhard gewertet und auch Erhard verstand dies so. »Die FDP wisse, daß es ohne Steuererhöhungen nicht gehe, wolle das vor den Landtagswahlen aber keinesfalls zugeben«, empörte er sich in der Kabinettsitzung am 26. Oktober.⁶⁵ Auf Erhards Drängen hin wollten die FDP-Minister den Weg zu Steuererhöhungen schließlich freigeben, der Beschluss konnte aber nicht mehr öffentlich bekannt gegeben werden.

Denn Scheels Rücktritt, der eine FDP-interne Rebellion gegen den Verbleib in der Regierung in Gang setzte⁶⁶, und der Geist eines erneuten »Umfalls«, wie er tags darauf in den Medien titulierte wurde, zwangen die übrigen FDP-Minister ebenfalls zum Rücktritt. Während Erhard sich zu diesem Vorgang diskret zurückhielt, gab ausgerechnet Strauß hernach bekannt, die FDP habe abermals eine Regierungskrise ausgelöst und das Ansehen der deutschen Politik dadurch gefährdet.⁶⁷

Der im November 1966 gemeinsam gestellte Antrag von SPD und FDP, Erhard möge sich einem Vertrauensvotum stellen, war nur noch ein kurzes, schmerzliches Nachspiel. Eines, das selbst innerhalb der FDP nicht unkritisch kommentiert blieb. Zahlreiche Wähler hätten das verfassungsrechtlich »ziemlich zweifelhafte« Vorgehen als Wahlmanöver verstanden, wandte Alexander Pohlmann in einem Brief an Mischnick ein, andere hätten »die ganze Aktion als eine Art Verrat an Erhard betrachtet, den ja nicht so sehr die FDP als seine eigene Partei als Bundeskanzler loswerden wollte und der in vielen FDP-Versammlungen als der Mann bezeichnet worden ist, der FDP-Gedanken in die Tat umsetze. Mancher Wähler ist deswegen lieber zur CDU gegangen.«⁶⁸ Doch Mischnick zeigte sich uneinsichtig, denn »die Abstimmung über den Vertrauensantrag war nur eine folgerichtige Handlung, da in der Vergangenheit auch von der CDU ähnliche Anträge als zulässig betrachtet worden sind«,

64 Kurzprotokoll der Fraktionssitzung am 4.10.1966; ADL, NL Mischnick, A40-773.

65 Osterheld: Bundeskanzler (wie Anm. 44), S. 366.

66 Rainer Barzel: Im Streit und umstritten. Anmerkungen zu Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und den Ostverträgen, Frankfurt/M. 1986, S. 106.

67 Hentschel: Politikerleben (wie Anm. 26), S. 892.

68 Schreiben Pohlmanns an Mischnick, 6.12.1966, ADL, NL Mischnick, A24-102.

antwortete er Pohlmann und fügte hinzu, es wäre zweckmäßig und richtig gewesen, die SPD schon früher in die Bundesregierung aufzunehmen, doch leider »war (...) die Bereitschaft dazu auch innerhalb unserer Partei lange Zeit heftig umstritten. Es ist es übrigens auch heute noch.«⁶⁹

Erhard lehnte es ab, sich der Vertrauensfrage zu stellen, die seiner Meinung nach gegen Geist und Sinn der Verfassung verstoße, und erklärte am 1. Dezember 1966 seinen Rücktritt als Bundeskanzler. »Bei meiner Übernahme des Kanzleramtes im Jahre 1963 habe ich versprochen, mein Amt in der mir gemäßen Art zu führen, die Sie seit vielen Jahren kannten. Mein ganzes Wirken war immer darauf gerichtet, neben der Mehrung von Wohlstand und Sicherheit der Freiheit und Würde des Menschen zu dienen«, erklärte Erhard am Vorabend seines Rücktrittes in einer Fernsehansprache und versicherte: »Ich werde immer zu denen stehen, die eintreten für die Freiheit in allen Lebensbereichen des einzelnen, der gesellschaftlichen und der staatlichen Ordnung.«⁷⁰ Es war dies kein parteipolitisches, aber sehr wohl ein zutiefst ideologisches Eingeständnis einer Zugehörigkeit – zum Liberalismus.

4. *Schlussbemerkung*

Es ist unwiderlegbar, dass die Freien Demokraten Ludwig Erhard 1948 in das Amt des Direktors der Wirtschaftsverwaltung verholten hatten und damit den Ausgangspunkt für die Politik der Sozialen Marktwirtschaft setzen konnten. Ebenso ist es aber auch unbestreitbar, dass sie 1966 an seinem Sturz entscheidend beteiligt waren, ungeachtet der Tatsache, dass die Christdemokraten selbst die Absetzung Erhards als Kanzler angestrebt hatten. Während Erhard seine eigene Partei nicht als Machtinstrument genutzt hatte und von der CDU/CSU als Kanzler schließlich zusehends demontiert worden ist, war der FDP 1966 vor dem Hintergrund des für sie unglücklichen Kompromisses bei der Kanzlernachfolgeregelung während der Koalitionsverhandlungen 1961 keine andere Wahl geblieben, als Erhard die weitere Gefolgschaft zu verweigern. Es war der FDP nicht gelungen, ihre eigenen politischen Ziele während der Kanzlerschaft Erhards ausreichend durchzusetzen. Insofern hatten die Liberalen ihren Standpunkt in der Frage des Haushaltsausgleichs, der zum Bruch der Koalition führen sollte, noch energischer vertreten. Nur so hatten sie eine Chance gesehen, ihre Position sowohl gegenüber dem Koalitionspartner als auch der Öffentlichkeit deutlich herauszustellen – die Liberalen wollten nicht erneut des »Umfalls« bezichtigt werden und in der Wählergunst sinken.

69 Schreiben Mischnicks an Pohlmann, 14.12.1966, ADL, NL Mischnick, A24-102.

70 Ludwig Erhards Fernsehansprache zu seinem Rücktritt 1966, in: Völklein: Erhard (wie Anm. 59), S. 114.

Darüber hinaus war eine neue Generation von FDP-Politikern an der Spitze der Partei angekommen, die eine Regierungskoalition mit der SPD in die Wege leiten wollte. Insbesondere im Hinblick auf eine zukünftige Außen- und Deutschlandpolitik hatte die FDP vermehrt Gemeinsamkeiten mit den Sozialdemokraten als mit der CDU/CSU und Erhard gesehen.

Unabhängig von diesen politischen Differenzen in den 1960er Jahren hatte es zwischen Erhard und der FDP vor allem wirtschaftspolitischen Einklang gegeben. Die Etablierung der Sozialen Marktwirtschaft war sowohl für die Liberalen als auch für Erhard von so überragender Bedeutung, dass die Durchsetzung dieser Wirtschaftspolitik für beide das vorrangige Ziel in den 1940er und 1950er Jahren war. Hier hatte es bei Weitem mehr Übereinstimmungen zwischen Erhard und den Freien Demokraten als zwischen Erhard und den Christdemokraten gegeben. Daher hatte die FDP den Wirtschaftsminister auch in Krisenzeiten gestützt und viele wirtschaftspolitische Entscheidungen im Sinne Erhards mitgetragen. Einzig in der Diskussion um ein Kartellgesetz waren die Meinungen weit auseinander gegangen, da die FDP ihren parteipolitischen Interessen gefolgt war, während Erhard auch in dieser Frage seine sachlichen Ziele, seine Ideale, realisieren und über die Interessen einzelner Gruppen stellen wollte.⁷¹

Erhard war kein Parteipolitiker, er selbst hatte sich mehr als überparteilicher Fachmann verstanden. Demzufolge wären weder die CDU noch die FDP die Partei Erhards gewesen. Die CDU-Kandidatur zur Bundestageswahl 1949 hatte er einzig aus dem Grund angenommen, um nach einem Wahlsieg der Christdemokraten, Wirtschaftsminister werden und die Soziale Marktwirtschaft auf den Weg bringen zu können. Gegen Ende der 1950er Jahre war dies durch den Wunsch, Bundeskanzler zu werden und ein »Volkskanzleramt« zu verwirklichen, abgelöst worden. Es sollte Erhard jedoch nicht gelingen, die parlamentarische Parteiendemokratie und seine Idee des »Volkskanzleramts« in Einklang zu bringen.⁷²

Aus diesem politischen Kalkül heraus hatte Erhard auch den Beitritt zur FDP abgelehnt. Zweifelsohne war Erhard aber ein Liberaler, »ein Mann der Moderne, ein Anhänger des in definierten sozialen Grenzen freien Spiels der Kräfte.«⁷³ Daher hat er den Freien Demokraten aufgrund ihres politischen Verständnisses näher als der CDU/CSU gestanden, wie dies Scheel später einmal folgendermaßen formuliert hat: »Sie wollten mit dem Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft immer auch die Kraft der Vernunft und des im Volk lebendigen Gemeinsinns augenfällig machen. Sie haben damit unserer jungen Demo-

71 Diskussionsbeitrag von Klaus Schönhoven, in: Haus der Geschichte (Hrsg.): Nachdenken (wie Anm. 23), S. 51.

72 Hildebrand: Erhard, in: Haus der Geschichte (Hrsg.): Nachdenken (wie Anm. 23), S. 15.

73 Völklein: Erhard (wie Anm. 59), S. 90.

kratie einen großen Dienst geleistet. Und ich kann es auch nicht recht missbilligen, daß Sie zugleich – erfolgreicher als viele andere – liberales Gedankengut in unserem Volk verbreitet haben.«⁷⁴

74 Walter Scheel zum 80. Geburtstag Ludwig Erhards, in: Dolf Sternberger, Heinrich Spren-
ger: Reden der deutschen Bundespräsidenten Heuss, Lübke, Heinemann, Scheel, München
1979, S. 256-258, hier: S. 257.

Die Konjunktur der Linksliberalen 1966-1970 – Das Beispiel Ralf Dahrendorf

1. Einleitung

Als Bundeskanzler Willy Brandt am 28. Oktober 1969 vor dem Deutschen Bundestag die Losung ausgab: »Wir wollen mehr Demokratie wagen«, war dies das Motto einer kurzen Phase der bundesrepublikanischen Geschichte, in der sich utopische Vorstellungen über das politisch Machbare in weiten Teilen des öffentlichen Lebens breit machten.¹ Das von Brandt selbst im Nachhinein erkannte »Modernitäts-Pathos der späten sechziger Jahre«² war letztlich Ausdruck des vorherrschenden Lebensgefühls dieser Zeit, in der der Begriff der »Planung« zu seinem kurzen Siegeszug ansetzte³ und die Liberalisierung der bundesdeutschen Gesellschaft eine Hochphase erreichte.⁴ Fast alles schien machbar, sofern man nur die richtigen Instrumentarien zur Erreichung des angestrebten Zieles anzuwenden wusste.

Mit dieser Utopie kongruierte zeitlich die Konjunktur von gewissen politischen Vorstellungen, welche hier unter dem Begriff des »Linksliberalismus« subsumiert werden sollen. »Bildung ist Bürgerrecht« und »Demokratisierung« wurden zu Chiffren einer Bewegung, die sich zum Ziel setzte, die Demokratie fester in die bundesrepublikanische Gesellschaft einzupflanzen und dabei Partizipation und Selbstbestimmung des Menschen zu erweitern.⁵ Erst später knüpfte man in diesem Zusammenhang auch bewusst an traditionelle linksliberale Vorbilder an – so etwa an Friedrich Naumann in den Freiburger Thesen der FDP von 1971. Auf der politischen Ebene wurde diese

- 1 Vgl. Michael Ruck: Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie – Zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er Jahre. In: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*. Hamburg 2000, S. 363-401.
- 2 Willy Brandt: *Erinnerungen*. Berlin 1999, S. 271.
- 3 Vgl. z.B. Gabriele Metzler: »Geborgenheit im gesicherten Fortschritt«. Das Jahrzehnt von Planbarkeit und Machbarkeit. In: Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hrsg.): *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*. Paderborn u.a. 2003, S. 777-797.
- 4 Vgl. Ulrich Herbert: *Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze*. In: Ders. (Hrsg.): *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980*. Göttingen 2002, S. 7-49, hier: S. 14.
- 5 Ähnlich Thomas Ellwein: *Krisen und Reformen. Die Bundesrepublik seit den sechziger Jahren*. 2. Aufl., München 1993, S. 79ff.